

ZUVIELE VOLKSINITIATIVEN ?

refk - Eines der tragenden Elemente in der Argumentation der Befürworter einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Volksinitiativen und Referenden ist der Hinweis auf die sog. Initiativenflut, welche Ursache der grossen Zahl von Abstimmungsvorlagen sei und somit den Grund für die Ueberforderung der Stimmbürgerschaft darstelle. Wir wollen auf dieses Argument näher eintreten und es auf seine Stichhaltigkeit prüfen.

In diesem Jahrzehnt waren weniger als ein Viertel aller eidg. Abstimmungsvorlagen Volksinitiativen. Die insgesamt 50 Vorlagen, welche 1970 - 76 dem Volk unterbreitet worden sind, setzen sich wie folgt zusammen:

- 29 obligatorische Referenden (Verfassungsänderungen und dringliche Bundesbeschlüsse)
- 11 Volksinitiativen
- 6 Bundesgesetze (infolge Referenden)
- 4 Gegenvorschläge zu Initiativen

Die 33 Vorlagen, welche von Bundesrat und Parlament vorgelegt und der Volksabstimmung unterbreitet worden sind, stellen also den Hauptbestand aller Vorlagen. Die Abstimmungsflut der letzten Zeit ist also wesentlich mehr "von Bern" verursacht als von Volksbegehren.

Ueberforderte Stimmbürgerschaft?

Es ist möglich, dass die zunehmende Zahl von Abstimmungsvorlagen die Stimmbeteiligung fördert. Aber sicher nicht die Volksinitiativen! Ein Blick auf die unterschiedlichen Stimmbeteiligungen zeigt sehr deutlich, dass die Stimmbeteiligung bei Initiativen wesentlich höher liegt, als bei Vorlagen von Bundesrat und Parlament. Folgende Beispiele mögen dies illustrieren:

1972	Volkspensions-Initiative	52,9 %
1974	Ueberfremdungs-Initiative III	70,3 %
	Krankenversicherungs-Initiative	39,7 %
1976	Mitbestimmungs-Initiative	39,4 %
	40-Stundenwoche-Initiative	45,2 %

Eher bescheiden nehmen sich dagegen die entsprechenden Zahlen für Vorlagen von Bundesrat und Parlament aus:

1972	Baumarkt / Schutz der Währung	26,7 %
1973	Bildungsartikel	27,5 %
1975	Konjunkturartikel	28,4 %
	Wasserwirtschaftsartikel	30,9 %

Wenn also der Stimmbürger vieler Vorlagen überdrüssig ist, dann wohl eher der "offiziellen" Vorschläge - sicher nicht der Initiativen, welche er mit einem stärkeren Urnenbesuch quittiert.

Gleichzeitig zeigt der vom Bundesrat in Auftrag gegebene Forschungsbericht der Professoren Neidhart und Hoby über die Ursachen der Stimmbastinenz, dass sich "nur" ein Fünftel aller Stimmberechtigten überfordert fühlt. Wesentlich grösser, nämlich fast 40 Prozent, ist der Anteil derer, die sich als enttäuscht oder unpolitisch bezeichnen.

Initiativen - Salz der Demokratie

Wenn in den letzten Jahren die Zahl der eingereichten Volksbegehren zugenommen hat, muss auch nach den Ursachen hierfür gefragt werden. Der Hauptgrund dürfte bei Bundesrat und Parlament selber liegen: Weil sie viele Fragen selber nicht aufgreifen, bleibt dem reformwilligen Bürger ja kein anderer Weg als über die Initiative. Beispiele aus der jüngsten Zeit gibt es zur Genüge: Waffenausführverbot, Krankenversicherung, Mitbestimmung, Schwangerschaftsabbruch, Zivildienst, Demokratie im Nationalstrassenbau, Atomkraftwerke und andere mehr.

Es ist ja gerade das Verdienst der meisten Volksinitiativen, dass sie wichtige Fragen in die Diskussion einbringen. Wenn Bundesrat und Parlament hie und da von sich aus aktiv würden, hätten sie sich den einen oder anderen Vorstoss ersparen können. Natürlich ist es für die Regierung, die Verwaltung und für viele Parlamentarier unbequem, sich mit vielen Vorstössen aus dem Volk beschäftigen zu müssen. Aber warum soll ausgerechnet der Job eines Politikers bequem sein?

* * *

VOLKSRECHTE - MATHEMATIK ODER GRUNDSATZ ?

refk - Der Bevölkerungszuwachs und die Einführung des Frauenstimmrechts rechtfertigen eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Volksinitiativen und Referenden. Denn heute braucht es nur noch 1,35% bzw. 0,8% der Stimmberechtigten, um eine Volksinitiative oder ein Referendum zustande zu bringen. 1879 entsprachen 50'000 Unterschriften 7,8%, 30'000 Unterschriften 4,7% der Stimmberechtigten. Dies ist eines der Hauptargumente der Befürworter einer Erhöhung der Quoren.

Diese Zahlen sind zwar richtig, aber völlig aus dem Zusammenhang gerissen. Denn nicht nur die Bevölkerung hat sich seither vermehrt, auch das politische Klima hat sich grundlegend verändert. Hauptträger der politischen Auseinandersetzung waren damals die grossen Parteien, heute unterscheiden sie sich zum Teil nicht mehr wesentlich voneinander. Innerhalb der Parteien herrschen in vielen Fragen so grosse Meinungsverschiedenheiten, dass sie nicht mehr fähig sind, diese Fragen aufzugreifen und Lösungen zu suchen. Dies ist mit ein Grund, dass bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in die etablierten Parteien geschwunden ist. Viele umstrittene Fragen, so z. B. Schulkoordination, Waffenausfuhr, Schwangerschaftsabbruch, Zivildienst, Recht auf Wohnung, Mieterschutz, 40-Stunden-Woche, Demokratie im Nationalstrassenbau, Atomkraftwerke, Autofreie Sonntage etc., sind in den letzten Jahren von kleinen Organisationen oder eigens dafür gegründeten Komitees mittels Volksinitiative in die politische Diskussion gebracht worden. Eine Erhöhung der Unterschriftenzahl sowie die Befristung verunmöglichen diesen Gruppierungen die Handhabung der Volksrechte. Denn sie können sich nicht auf eine gut funktionierende Organisation und grosse finanzielle Mittel abstützen, wie die grossen Parteien und Verbände.

Desinteresse der Bevölkerung

Hinzu kommt dass trotz der Verdoppelung der Stimmberechtigten (Frauenstimmrecht) das politische Interesse weiter Bevölkerungskreise immer mehr schwindet. In den Jahren 1926 - 35 nahmen noch drei Viertel der Stimmbürger an Abstimmungen teil. 1966 - 75 gingen nur noch 38% zur

Urne. Auch die grossen Parteien konnten seit der Einführung des Frauenstimmrechts ihre Mitgliederzahlen nicht vergrössern - immer weniger Leute sind bereit, sich zu engagieren.

Die Zeit und Arbeit die aufgewendet werden muss, um die notwendigen Unterschriften für eine Volksinitiative oder ein Referendum zu sammeln, ist abhängig von der Stärke der Organisation und den finanziellen Mitteln, die eingesetzt werden können. Die Schwierigkeit der Materie wirkt sich auch auf die Sammelzeit aus. Finanzstarke Verbände und Parteien werden auch nach einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen Initiativen und Referenden zustande bringen. Aber für Minderheiten ist es heute schon recht schwierig, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Durch eine Erhöhung der Quoren für Volksinitiativen und Referenden wird diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern jede Mitbestimmungsmöglichkeit genommen und das von Bundesrat und Parlament beklagte Desinteresse gefördert.

Seltsames Demokratieverständnis

Auffälligerweise sind gerade jene Kreise für diese sog. "Verwesentlichung" der Demokratie, die bei Angriffen auf die verfassungsmässigen Rechte schweigen oder sie gar unterstützen (z. B. Berufsverbot für engagierte unbequeme Zeitgenossen, Druck von rechts auf die Massenmedien, Einschränkung der Rede - und Meinungsfreiheit etc.). Sie widersetzen sich auch Vorstössen zugunsten demokratischer Verhältnisse in Wirtschaft und Armee. Dieses Demokratieverständnis mutet sehr seltsam an.

Der Kampf gegen den Abbau der Volksrechte ist auf Grund dieser Situation keine mathematische Frage sondern eine grundsätzliche. Sollen denn die Volksrechte, anfangs dieses Jahrhunderts von der Arbeiterbewegung erkämpft, preisgegeben werden?

* * *

(Dieser Artikel stammt von Erika Hauser, Winterthur. Der Artikel kann mit dem Namen der Verfasserin oder mit unserem Kürzel refk gezeichnet werden.)